

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Austräger getragen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postausgaben und Postkosten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist bei der Bezugsnehmer kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimsmehrheit 1 M. für die 6gehaltene Kreispolizei oder deren Raum, Reklamen, die 2haltige Kreispolizei 2.50 M. Bei Abrechnung und Jahresabschluss entsprechende Preisnachlässe. Zeitungsverträge im einzelnen Teil laut den Bedingungen der 2gehaltene Kreispolizei 3 M. Kartierungskosten 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 1. Juli 1921. Die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernahmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen worden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöfzig, für den Inseratenteil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 167.

Mittwoch den 20. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Umtlicher Teil.

Vorlegung der Steuerkarten (Bücher)

25. Juli ab bei der hiesigen Stadtkassensache zu erfolgen. Wilsdruff, am 19. Juli 1921

der Steuerpflichtigen der Stadt Wilsdruff hat vom Der Stadtrat.

Sir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Regierung bietet der Reparationskommission wieder 41 Millionen Goldmark in verschiedenen europäischen Werten an.
- * Der französische Botschafter hat eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung für die Zustände in Oberschlesien verantwortlich gemacht wird.
- * Die Sozialdemokratische Partei veröffentlicht den Entwurf eines neuen Parteiprogramms.
- * Als französische Verstärkung für Oberschlesien ist eine Infanteriedivision aus dem Rheinland aufmarschieren worden, für die als Ersatz neue schwarze Truppen nach dem Rhein kommen.
- * Die zur eventuellen Besetzung des Ruhrreviers einberufenen belgischen Soldaten werden jetzt zurückbeordert. Die Rückberufung hat am 18. Juli begonnen.
- * Der Frensführer Debateta gab eine Erklärung ab, in der er sagte, er habe nur eine Forderung aufzustellen, nämlich die der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der irischen Nation.
- * Das dänische Ausfuhrverbot für Getreide wird wahrscheinlich mit dem 1. Dezember d. J. aufgehoben werden.
- * Die Entente-mächte drohen Ungarn mit Gewaltmaßnahmen, falls es nicht alsbald Deutsch-Westungarn an Österreich überläßt.
- * Die polnische Regierung hat beschlossen, die Zwangsverwaltung für Kohle vom 1. Oktober ab aufzuheben. Die Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr von Kohle sollen indes unverändert erhalten bleiben.
- * Die Italiener haben an der Rüste Kleinasien Truppen gelandet.
- * Reuter meldet aus Helsingfors, dort seien zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß die Sowjetregierung eine allgemeine Mobilisierung angeordnet habe.

Halte den Dieb!

Der Volksmund erzählt, daß es bei Samern und Banditen manchmal vorkommt, daß einer, der eben etwas gestohlen hat, sich unauffällig in die Schar der Verfolger mischt und am lautesten von allen ruft: „Halte den Dieb“. So alt und abgeschmackt diese Artigkeit sein mag, durch die man glaubt, den Verdacht am leichtesten von sich abzuwälzen, so wird diese Methode doch auch heute noch so gar in der hohen Politik angewendet. Alle Welt weiß, daß an den himmelstreichenden Zuständen in Oberschlesien nächst den polnischen Aufständigen die Franzosen den Hauptteil der Schuld tragen, weil sie nicht nur stillschweigend dulden, daß die polnischen Insurgenten die deutschen Bewohner des Landes in unerhörtester Weise bedrängen, sondern weil sie selbst seit langem schon ihre ganze oberflächliche Politik offen darauf anlegen, entgegen der klaren Entscheidung, die in der Volksabstimmung getroffen wurde, das Land in die Hände der Polen zu spielen. Gerade aber, weil sie selbst die Hauptschuld an dem Chaos tragen, das über das unglückliche Land hergebrochen ist, versuchen sie um so eifriger, die Verantwortung dafür der gänzlich unbeteiligten deutschen Regierung aufzuladen.

Mit einer Note, die an Entstellungen und Verdrehungen alles bisher Dagewesene überfüllt, haben sie jetzt abermals versucht, den Nachweis zu führen, daß alle ober-schlesischen Greuel nur aus unser Konto kämen und daß sie infolgedessen genädigt seien, ihre eigene Machtstellung zur Abwehr angeblicher deutscher Übergriffe in Oberschlesien noch zu verstärken. Die neue Note, die der französische Botschafter in Berlin dem deutschen Außenminister überreichte, behauptet zunächst, daß in Oberschlesien von deutscher Seite eine Menge Morde und Überfälle verübt würden. So wird z. B. der Tod des französischen Majors, der bei den letzten Unruhen in Beuthen ums Leben kam, uns in die Schuhe geschoben, obwohl damals sofort nachgewiesen wurde, daß der tödliche Schuß nur von einem Polen oder gar von einem Franzosen abgegeben worden sein konnte. Von den zahllosen polnischen Greuelthaten, die in mehreren deutschen altentmännigen Veröffentlichungen einwandfrei nachgewiesen wurden, ist natürlich nicht die Rede. Weiter wird behauptet, daß die deutschen Selbstschußformationen nicht entwaffnet und nur zum Schein beurlaubt seien, und sich samt dem General Höfer noch in Mittel- und Niederschlesien aufhielten. Auf wie schwachen Füßen diese Behauptung steht, geht daraus hervor, daß, wie allgemein bekannt ist, General Höfer sich schon längst in Koburg aufhält, und daß von deutscher Seite einwandfreie Berichte über die Auflösung und Entwaffnung des Selbstschusses vorgelegt worden sind, haben doch an dieser Entwaffnung selbst französische Offiziere teilgenommen.

Vor auf die ganze Note hinaus will, erkennt man am besten daran, daß sie einmal behauptet, die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung für das angebliche Wetterbeben des Selbstschusses in Oberschlesien

bleibe in vollem Umfange erhalten und unter diesen Umständen könne natürlich eine endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage nicht nach einer kurzen Prüfung durch eine Sachverständigen-Kommission zugelassen werden, da man deutsche Angriffe und als Abwehr dagegen dann wohl auch polnische Angriffe zu befürchten habe. Man sieht, daß die Franzosen offenbar eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien bereits jetzt vorbereiten und uns — ähnlich wie man es beim Versailler Friedensvertrag mit der Frage der „Schuld am Kriege“ gemacht hat — die Verantwortung dafür zuschieben wollen. Man spricht von der schweren deutschen Bedrohung und schweigt davon, daß die polnischen Insurgententruppen in der Tat alle ihre Waffen behalten haben und größtenteils noch im Lande selbst verstreut stehen.

Darüber hinaus stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung die Forderung, sie möge alle Selbstschußorganisationen auflösen und von der Grenz-Oberschlesiens entfernen, weiterhin alle Maßregeln treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte in Oberschlesien keinen Widerstand finden, und schließlich für die schnelle Beförderung von Verstärkungen sorgen, die nach Oberschlesien geschickt werden sollen. Diese Verstärkungen bestehen zunächst in einer Division französischer Truppen, die, um der drohenden Gefahr zu begegnen, schleunigst nach Oberschlesien getrieben werden sollen, und mit der die Franzosen nichts anderes im Sinne haben, als ihre eigene polenfreundliche Politik, ungehindert durch den Einfluß der neuerdings verstärkten englischen Truppen in Oberschlesien weiter zu verfolgen. Damit wird den Polen erneut Gelegenheit gegeben, ihre Angriffsorganisationen für den bevorstehenden vierten Aufstand in aller Ruhe auszubauen. Die Franzosen aber suchen das Verbrennen, welches sie durch die Unterstützung der polnischen Insurgenten auf sich laden, dadurch zu bemänteln, daß sie als angebliche Ursache ihrer Maßnahmen eine gar nicht bestehende Angriffsgesfahr von deutscher Seite an die Wand malen und hinter der deutschen Regierung herjagen: „Halte den Dieb!“

Es ist sehr bemerkenswert für die ganz außer-gewöhnliche Unverschämtheit, mit der die französische Regierung in diesem Falle vorgegangen ist, daß selbst ein großer Teil der französischen Presse gegen diese Note schwere Bedenken äußert und vor allen Dingen bezweifelt, ob wohl England und Italien sich mit diesem Schritte einverstanden erklären würden. Der deutsche Außenminister hat dem französischen Botschafter schon beim Empfang der Note deutlich zu verstehen gegeben, daß dieselben Klagen, die die Franzosen gegen uns vorbringen, seit langem von den Deutschen in Oberschlesien gegen die Polen erhoben werden. Die endgültige Verantwortung der französischen Note wird natürlich erst nach eingehender Beratung durch die deutsche Reichsregierung erfolgen können. Wie ernst die Situation ist, geht daraus hervor, daß der deutsche Reichskanzler dieser Tage dem englischen Botschafter in Berlin erklärt haben soll, wenn die ober-schlesische Frage in einem für Deutschland ungünstigen Sinne gelöst würde, und wenn die Sanktionen weiter aufrecht erhalten blieben, so werde er nicht länger an der Spitze des Kabinetts bleiben können. Es mag dahingestellt bleiben, ob der deutsche Kanzler — derselbe, dem das französische Kabinett immer wieder ausdrücklich sein Vertrauen bezeugt hat — diese Äußerung wirklich in dieser Form getan hat, jedenfalls ist es für die Stimmung in den deutschen politischen Kreisen bezeichnend, daß man die Gefahr nicht als ausgeschlossen ansieht, daß Dr. Brüch gerade durch die Gewaltpolitik der ihm angeblich so vertrauensvoll gegenüberstehenden französischen Regierung gestürzt werden könne.

Die Aufgabe der deutschen Regierung ist es, bei der Verantwortung dieser unerhörten Note erneut mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung nach dem Friedensvertrag keinerlei Machbefugnisse, aber auch keinerlei Verantwortung in Oberschlesien hat, und daß diese Verantwortung in vollem Umfange ausschließlich auf den Schultern der Franzosen liegt. Dem betrügerischen Ruf: „Halte den Dieb!“ gegenüber muß sie den Mut haben, zum Schutze der schwerleidenden Provinz und zur Verteidigung des deutschen Rechtsstandpunktes in der ober-schlesischen Frage vor aller Welt festzustellen, wo die wirklichen Übeltäter sitzen.

Ein „Marxstein“.

Englisch-französische Auseinandersetzungen.

Die französische Note an Deutschland in der ober-schlesischen Frage hat eine sehr bedenkliche Wendung in der internationalen Behandlung dieses zurzeit brennendsten europäischen Problems hervorgerufen, denn Frankreich beabsichtigt natürlich, seine Bundesgenossen auf dem von ihm eingeschlagenen Wege mit sich zu ziehen, findet

aber damit wenig Anklang. Gleichzeitig mit der Note, die in Berlin übergeben wurde, hat Frankreich eine lange Erklärung veröffentlicht, die in London übergeben wurde und in der mitgeteilt wird, daß England sich mit dem baldigen Zusammenrufen einer Sachverständigenkonferenz in Paris einverstanden erklärt hat, nachdem die verbündeten Kommissare in Oberschlesien eine Verständigung über einen gemeinsamen Teilungsvorschlag für unmöglich erklärt haben. Auch die französische Regierung ist damit einverstanden, daß sofort ein Sachverständigenauschuß in Paris zusammentritt, um alle Seiten des ober-schlesischen Problems zu prüfen und für den Obersten Rat entweder einen gemeinsamen Vorschlag oder einen sehr detaillierten Bericht zur Vorbereitung der Erörterung des Obersten Rates auszuarbeiten. Zum Schluß wird betont, daß der Schritt Laurents in Berlin nur dann volle Wirkung haben werde, wenn er durch Schritte der Botschafter Englands und Italiens unterstützt werde.

Das französische Blatt „Figaro“ bezeichnet diese in London übergebene Note als den Markstein einer völlig neuen Orientierung der französischen Politik.

In der Tat ist es höchst eigenartig zu beobachten, daß Briand, der eben noch für eine baldige Lösung der ober-schlesischen Frage eintrat, nunmehr in der an Deutschland gerichteten Note die Entscheidung wieder hinaus-schieben sucht. Er scheint mit diesem Vorschlag zunächst allein auf weiter Flur zu stehen, jedenfalls hat bisher noch kein Vertreter der anderen alliierten Mächte sich dem Schritt des französischen Botschafters in Berlin über Oberschlesien angeschlossen.

Aus dem Versuch Briands, die Entscheidung über Oberschlesien auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern, läßt sich folgern, daß die Informationen, die er über die Haltung Englands erhalten hat, für die von Frankreich angestrebte polenfreundliche Lösung wenig günstig sein müssen. In der englischen Presse findet die Ablehnung gegen Briands Politik deutlichen Ausdruck. Selbst das deutschfeindliche Blatt „Sunday Times“ sagt über die französischen Absichten, Deutschland durch weitere Gebietsabtretungen zu schwächen:

„Es ist klar, daß wir mit solchen Plänen im Prinzip und in der Praxis nicht übereinstimmen. Wir glauben nicht, daß eine große Nation wie Deutschland auf die Dauer mit Gewalt niedergeboren werden kann. Wir glauben vielmehr, daß alle solche Maßnahmen den Augenblick der Abrechnung nur beschleunigen werden. Wir meinen, daß die Polen schon nicht Land geschluckt haben, als sie verdauen können, und da sie auch banterrot sind, so sind sie ungeeignet, ein hochentwickeltes Industriegebiet zu verwalten, das das Produkt deutschen Geldes und deutschen Kapitals ist.“

Die liberale „Daily News“ sagt: „Es sollte den wärmsten Freunden Frankreichs schwer, die französische Stellungnahme gegenüber Oberschlesien ohne Beunruhigung anzusehen. Die definitive Lösung der Frage läßt längst durchgeführt werden müssen. Alle alliierten und assoziierten Mächte, auch Frankreich, hätten die Notwendigkeit einer Beschleunigung anerkannt.“

Briand gibt Witz auf?

Nach den vielen schönen Vertrauensklärungen der Franzosen für den deutschen Reichskanzler Nest man jetzt, die offensichtlich scharfe Wendung gegen das Kabinett Witz, die in der ober-schlesischen Note zum Ausdruck kam, werde darauf zurückgeführt, daß Briand das Kabinett Witz aufgegeben habe. Die Breslauer Rede und die Auslassungen Schiffers hätten Briand zu der Überzeugung gebracht, daß Witz ihm doch nicht so folge, wie er geglaubt habe. Die französische Regierung sei sich gewiß, auch einem nationalpolitischen deutschen Kabinett ihren Willen aufzwingen zu können. Das „Echo de Paris“ meint, die Warnungen der Engländer, die den Sturz des Kabinetts Witz und die Störung der Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur befürchten, müßten ungehört bleiben. — Vor Eische las man's anders! Jetzt hat der Reichskanzler das Wort.

Nach der „Säuberung“.

Polnischer Terror nach wie vor.

Die traurige Komödie der „Säuberung“ Oberschlesiens von den polnischen Insurgenten ist längst beendet, aber die Zustände haben sich trotzdem nicht geändert. Wie könnten sie das auch, da ja doch nur der deutsche Selbstschuß zum Verlassen des Landes gezwungen wurde, während die Polen mit ihren Waffen größtenteils im Lande blieben. Besonders im Landkreise Ratiboritz ist die Gefahr nicht vermindert worden, sondern scheint nach täglich eintreffenden Meldungen über Raubfälle, Einbrüche usw. immer größer zu werden. In einer Anzahl von Orten des hiesigen Gemeindegewandes, die sich nur aus Polen zusammensetzen. In Antonienhütte finden sich die Insurgenten der umliegenden Ortschaften zu Versammlungen zusammen, die teils öffentlich